



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBI. 2026 Nr. 336

19. August 2026

Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Stellenausschreibungen

I.

Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern (m/w/d) um folgende Stellen entgegengesehen, die mit Ausnahme der Nrn. 1 und 5 auch durch Teilzeitkräfte besetzt werden können:

1. Präsident des Landgerichts
(Besoldungsgruppe R 4)
in Würzburg
2. Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht
(Besoldungsgruppe R 3)
in München
3. Vizepräsident des Landgerichts
(Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)
in Bamberg
4. Vorsitzender Richter am Landgericht als weiterer aufsichtführender Richter
(Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)
in Würzburg
5. Direktor des Amtsgerichts
(Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)
in Altötting und Neu-Ulm
6. Vorsitzender Richter am Landgericht
(Besoldungsgruppe R 2)
in Landshut und Regensburg

Die Stelle in Landshut kann ausschließlich mit einer Vorsitzenden Richterin am Landgericht oder einem Vorsitzenden Richter am Landgericht besetzt werden, deren/dessen Dienst auf die Hälfte des regelmäßigen Dienstes ermäßigt ist.
7. Richter am Amtsgericht als ständiger Vertreter des Direktors
(Besoldungsgruppe R 2)
in Deggendorf und Sonthofen
8. Oberstaatsanwalt als ständiger Vertreter des Leitenden Oberstaatsanwalts
(Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)
in Traunstein

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 Bayerisches Gleichstellungsgesetz).

Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern geeignet; diese werden bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt.

Hinsichtlich des Anforderungsprofils dieser Stellen wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 30. September 2003 (JMBI. S. 199), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 7. Dezember 2021 (BayMBI. 2021 Nr. 937 vom 22. Dezember 2021), Bezug genommen.

Für alle richterlichen und staatsanwaltlichen Beförderungsämter in der bayerischen Justiz wird die Bereitschaft erwartet, das Amt längerfristig auszuüben, wobei ein Zeitraum von mindestens zwei Jahren die absolute Untergrenze des Erwarteten bildet.

Für die Stellen unter **Nrn. 1 bis 5 und 8** werden Bewerberinnen und Bewerber, für die die Übertragung der Stelle nicht mit einer Beförderung verbunden wäre (Versetzungsbewerberinnen bzw. Versetzungsbewerber), nur berücksichtigt, wenn sie zu dem folgenden Stichtag ihr aktuelles Statusamt bei dem jeweiligen Gericht oder der jeweiligen Behörde für mindestens zwei Jahre innehatten, soweit zwingende dienstliche Gründe nichts anderes gebieten:

- 1. Oktober 2026 (Nr. 8)
- 1. November 2026 (Nr. 3)
- 1. Dezember 2026 (Nr. 5 – Stelle Neu-Ulm)
- 1. Januar 2027 (Nr. 4)
- 1. Februar 2027 (Nr. 5 – Stelle Altötting)
- 1. März 2027 (Nrn. 1 und 2)

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Ausschreibung hinsichtlich der Stellen unter **Nrn. 1 bis 5 und 8** auch für gleichartige Stellen gilt, die bis zu dem jeweiligen Stichtag bei demselben Gericht oder derselben Staatsanwaltschaft frei werden. Für später frei werdende gleichartige Stellen bei demselben Gericht oder derselben Staatsanwaltschaft wird eine neue Ausschreibung vorgenommen.

Hinsichtlich der Stellen unter **Nrn. 6 und 7** gilt diese Ausschreibung auch für gleichartige Stellen, die innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Bewerbungsfrist bei demselben Gericht oder derselben Staatsanwaltschaft frei werden, falls keine neue Ausschreibung vorgenommen wird (Abschnitt III Nr. 1.2 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz über Personalangelegenheiten vom 10. November 2006 (JMBI. S. 183) in der Fassung vom 21. September 2023 (BayMBI. Nr. 517 vom 25. Oktober 2023)).

Bewerbungsfrist: 7. September 2026.

Bewerbungen, die nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingereicht werden, können grundsätzlich nicht mehr berücksichtigt werden.

II.

Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern (m/w/d) um folgende Stellen entgegengesehen:

1. Ständiger Vertreter des Geschäftsleiters bei dem Landgericht Ansbach in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung.
2. Ständiger Vertreter des Geschäftsleiters bei dem Amtsgericht Hof in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung.
3. Herausgehobener Sachbearbeiter und Leiter des Sachgebiets „Personalangelegenheiten der Beamten und Arbeitnehmer“ bei dem Oberlandesgericht München in BesGr. A 12 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 14. Die Geschäftsaufgabe umfasst schwerpunktmäßig die Führung und Anleitung der

Mitarbeitenden des Sachgebiets sowie die Bearbeitung von Personalangelegenheiten der Bediensteten des nichttrichterlichen Dienstes. Vorausgesetzt werden daher umfassende, sichere und in der Praxis langjährig erprobte Fachkenntnisse insbesondere im Bereich des bayerischen Dienst- und Laufbahnrechts der Beamten, im Arbeits- und Tarifrecht sowie im Haushaltsrecht einschließlich der entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Nebengesetze sowie hohe fachlich-methodische Kompetenzen. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung, die sich für Ämter ab der BesGr. A 14 qualifiziert haben. Zur Bewerbung aufgefördert sind Rechtspfleger, die sich für Ämter ab der BesGr. A 14 qualifiziert haben, sowie Rechtspfleger ab der BesGr. A 11, bei denen die Bereitschaft zur modularen Qualifizierung für Ämter ab der BesGr. A 14 besteht.

4. Leiter des Sachgebiets IT C.3 „Scannen“ des IT-Servicezentrums der bayerischen Justiz bei dem Oberlandesgericht Nürnberg in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12. Zur Geschäftsaufgabe gehört auch die Leitung des aus sechs Bundesländern bestehenden Länderverbunds Scannen sowie die Koordinierung von Änderungsanforderungen und Fehlerbehebungen zwischen den verschiedenen Dienstleistern in Abstimmung mit den jeweiligen Länderverbünden. Vorausgesetzt werden sehr gute Kenntnisse im Bereich des eJustice-Basisdienstes Scannen, insbesondere der eingesetzten Scansoftwareprodukte, der Steuerung von Entwicklungsdienstleistern für die Entwicklung von Individualsoftware und der Koordination von Betriebsdienstleistern in Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet IT F.5. Erwartet werden praktische Erfahrungen in der länderübergreifenden Zusammenarbeit, sehr gute Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten sowie die Bereitschaft zur Reisetätigkeit, auch mehrtägig und länderübergreifend. Der Dienstposten ist auch für Beamte geeignet, die sich modular für Ämter ab der BesGr. A 10 qualifiziert haben.
5. Herausgehobener Sachbearbeiter bei dem IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz bei dem Oberlandesgericht Nürnberg in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12 (Bereich elektronische Akte, Barrierefreiheit und Vertragsclearingstelle). Zur Geschäftsaufgabe gehört die fachliche Konzeption bei der Weiterentwicklung des elektronischen Integrationsportals eIP, insbesondere im Kontext der Vorgaben der Barrierefreiheit, ferner die fortlaufende Integration des PDF-Viewers Jadice der Fa. Levigo. Der Aufgabenbereich umfasst auch die Koordinierung von Änderungsanforderungen und Fehlerbehebungen zwischen den verschiedenen Dienstleistern in Abstimmung mit den jeweiligen Länderverbünden sowie die Tätigkeit in der Vertragsclearingstelle. Vorausgesetzt werden langjährige, vertiefte fachliche und technische Kenntnisse in der Entwicklung des elektronischen Integrationsportals eIP, praktische Erfahrungen in der verbundübergreifenden Zusammenarbeit, sehr gute organisatorische und kommunikative Fähigkeiten, hohe Teamfähigkeit und die Bereitschaft zu regelmäßigen, zum Teil auch mehrtägigen Dienstreisen sowie der Übernahme von Wartungsfenstern. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung.
6. Herausgehobener Sachbearbeiter bei dem IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz bei dem Oberlandesgericht Nürnberg in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12 (Bereich forumSTAR Familie). Zur Geschäftsaufgabe gehört die Mitarbeit bei der Weiterentwicklung von forumSTAR im Familien- und Hinterlegungsbereich, insbesondere auch die Umsetzung der Einführung der elektronischen Akte in Hinterlegungssachen. Der Aufgabenbereich umfasst ebenso die Pflege der Formulare hinsichtlich Ordnungs- und Zwangsmitteln. Vorausgesetzt werden langjährige, vertiefte fachliche und technische Kenntnisse in der Entwicklung des Fachverfahrens forumSTAR Familie, Erfahrungen bei der Durchführung von Pilotierungen und vertiefte materielle Kenntnisse im Bereich der Hinterlegung sowie der Ordnungs- und Zwangsmittel. Es werden auch praktische Erfahrungen in der verbundübergreifenden Zusammenarbeit, sehr gute organisatorische und kommunikative Fähigkeiten, hohe Teamfähigkeit und die Bereitschaft zu regelmäßigen, zum Teil auch mehrtägigen Dienstreisen sowie der Übernahme von Wartungsfenstern vorausgesetzt. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung.
7. Herausgehobener Sachbearbeiter bei dem IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz beim Oberlandesgericht Nürnberg in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12 (Bereich Vorlagenprogrammierung mit forumSTAR-Text). Zur Geschäftsaufgabe gehört die Programmierung von Vorlagen mit dem Textsystem forumSTAR-Text für die Fachverfahren forumSTAR und web.sta. Ein

besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Zusammenspiel mit der eAkte und dem elektronischen Rechtsverkehr (eRV). Der Aufgabenbereich umfasst auch die Beratung der jeweiligen Fachgruppen bei der Anforderungsanalyse sowie der Abstimmung von Textprodukten. Zudem gehören die Qualitätssicherung und die Mitwirkung an der Weiterentwicklung des Textsystems zu den Aufgaben. Vorausgesetzt werden daher langjährige technische Kenntnisse in der Programmierung von forumSTAR-Text-Vorlagen, sehr gute Kenntnisse im Programmieren von SQL-Datenbankzugriffen, sehr gute fachliche und technische Kenntnisse im Umgang mit den Fachverfahren forumSTAR und web.sta, praktische Erfahrungen in der verbundübergreifenden Zusammenarbeit, sehr gute organisatorische und kommunikative Fähigkeiten, hohe Teamfähigkeit und die Bereitschaft zu regelmäßigen, zum Teil auch mehrtägigen Dienstreisen. Der Dienstposten ist auch für Beamte geeignet, die sich modular für Ämter ab der BesGr. A 10 qualifiziert haben.

8. Bezirksrevisor bei dem Oberlandesgericht Nürnberg in BesGr. A 12 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 14. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung, die sich für Ämter ab der BesGr. A 14 qualifiziert haben. Zur Bewerbung aufgefördert sind Rechtspfleger, die sich für Ämter ab der BesGr. A 14 qualifiziert haben, sowie Rechtspfleger ab der BesGr. A 12, bei denen die Bereitschaft zur modularen Qualifizierung für Ämter ab der BesGr. A 14 besteht.
9. Bezirksrevisor bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 13. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung.
10. Leitender Bewährungshelfer bei dem Landgericht Würzburg in BesGr. A 10 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 13. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten des Bewährungshilfedienstes.

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 Bayerisches Gleichstellungsgesetz). Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern geeignet; diese werden bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt.

Hinsichtlich des Anforderungsprofils der unter **Nrn. 1 und 2** ausgeschriebenen Stellen wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 22. Juli 2014 (JMBl. S. 130) Bezug genommen. Hinsichtlich des Aufgabenkreises der unter **Nr. 8** ausgeschriebenen Stelle wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 18. Oktober 2005 (JMBl. S. 147) sowie das Spitzenstellenkonzept für die Fachlaufbahn Justiz, insbesondere den Rechtspflegerbereich (Spitzenstellenkonzept) vom 17. September 2015, Az. A2 - 5112 - V - 9564/15, in der Fassung vom 12. Januar 2024, Az. A2 - 5112 - V - 8413/23, Bezug genommen. Hinsichtlich des Aufgabenkreises der unter **Nr. 9** ausgeschriebenen Stelle wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 18. Oktober 2005 (JMBl. S. 147) Bezug genommen. Hinsichtlich des Anforderungsprofils der unter **Nr. 10** ausgeschriebenen Stelle wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 16. Februar 2017 (JMBl. S. 18), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 4. März 2020 (BayMBL. Nr. 137), Bezug genommen.

Die ausgeschriebenen Stellen können auch durch eine Teilzeitkraft besetzt werden.

Bewerbungsfrist: 7. September 2026.

III.

Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern (m/w/d) um folgende Notarstellen entgegengesehen:
Freiwerdende Notarstellen:

Uffenheim frei ab 1. September 2026	(derzeitige Inhaberin: Notarin Laura Göbhardt)
Augsburg frei ab 1. Oktober 2026	(derzeitiger Inhaber: Notar Dr. Claudius Eschwey)
Bad Neustadt a.d.Saale frei ab 1. Oktober 2026	(derzeitiger Inhaber: Notar Dr. Vitali Schmitkel)
Burgau frei ab 1. Oktober 2026	(derzeitige Inhaberin: Notarin Dagmar Kerler)
Wertingen frei ab 1. Oktober 2026	(derzeitiger Inhaber: Notar Dr. Christoph Suttman)
München frei ab 1. Januar 2027	(derzeitige Inhaberin: Notarin Dr. Eva-Maria Hepp evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notar Dr. Adolf Reul)

Notarassessorinnen und Notarassessoren können sich um alle ausgeschriebenen Notarstellen bewerben.
Es wird Bewerbungen von Notarassessorinnen und Notarassessoren entgegengesehen, die zum

- 1. Dezember 2026 (Uffenheim, Augsburg, Bad Neustadt a.d.Saale, Burgau, Wertingen)
- 1. Januar 2027 (München)

eine dreijährige Mindestanwärterzeit vollendet haben. Die genannten Stichtage gelten für Notarinnen und Notare entsprechend hinsichtlich der Mindestverweildauer am bisherigen Amtssitz. Die Stichtage werden auch für die Berechnung der Dauer des notariellen Anwärterdienstes oder der notariellen Tätigkeit herangezogen.

Die Bewerberinnen und Bewerber um die Notarstelle in München haben anzugeben, ob ihre Bewerbung nur für den Fall gilt, dass eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung zustande kommt, oder ob die Bewerbung auch dann gelten soll, wenn eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung nicht vereinbart wird.

Wird eine Bewerbung nur für den Fall abgegeben, dass eine gemeinsame Berufsausübung zustande kommt, gilt sie auch dann, wenn der verbleibende Notar gemäß Abschnitt V Nr. 4 Buchst. b der Richtlinien für die Amtspflichten und sonstigen Pflichten der Mitglieder der Landesnotarkammer Bayern nach § 67 Abs. 2 BNotO die Übergabe der vollwertigen Notarstelle der ausgeschiedenen Notarin anbietet.

Die Bewerberinnen und Bewerber werden darauf hingewiesen, dass sich Änderungen im Umfang des Amtsbereichs ergeben können, sofern eine Anpassung der Amtsbereichsgrenzen an geänderte Verwaltungsbezirksgrenzen notwendig ist, und dass freie Notarstellen zu einem früheren Zeitpunkt als den vorgenannten Stichtagen für die Mindestanwärterzeit und die Mindestverweildauer besetzt werden können.

Bewerbungsfrist: 15. September 2026.

Das Bewerbungsgesuch ist bei der Landesnotarkammer Bayern einzureichen.

Impressum**Herausgeber:**

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ii@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411**Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:**

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBI.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.